Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 188 (2022)

Heft: 11

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

IRAN

Es geht ums Kopftuch

Der als «Kopftuchrevolution» betitelte Aufstand in der islamischen Republik Iran ist in seinem Ausmass und Intensität einzigartig. Anfangs Oktober waren in 30 von 31 iranischen Provinzen vor allem Frauen und Studenten auf der Strasse. Deren Ziel: kein Kopftuch. Doch dies scheint zu einfach formuliert. Im streng nach dem Islam schiitischer Prägung regierten Land gilt eigentlich die Tschaddor-Pflicht. Diese wurde in den letzten Jahrzehnten immer mehr aufgeweicht, unter anderem weil Frauen sich die Freiheit nahmen, auch beispielsweise «nur» farbige Kopftücher zu tragen. Als Mitte September die Polizei erste Frauen verhaftete, weil diese offenbar ihre Kopfbedeckung unangemessen, das heisst gar nicht, trugen, entfachte sich der Protest. Es kam bei den Verhaftungen zu mehr als 100 Todesfällen, Sicherheitskräfte feuerten teils von Motorrädern auf die Menschenmengen, mehr als 12 000 Demonstrierende wurden verhaftet. Ohne Wirkung. Die Polizei bekommt die Situation nicht in den Griff. Deshalb sollten es die Revolutionsgarden richten, die ihrerseits auf Freiwillige der Basidsch-Milizen zurückgriffen. Es zeichnen sich Parallelen zum arabischen Frühling ab. Auch damals, ab dem Jahr 2010, ging es vor allem gegen die jeweils äusserst repressiven Regimes der arabischen Welt. Das Ziel war mehr Demokratie. Zumindest war das die westliche Wahrnehmung. Insgeheim ging es meistens um mehr Freiheit, vor allem aber den damit verbundenen vermeintlichen Wohlstand.

Ob das im Iran gelingen wird, ist fraglich. Ayatollah Khamenei führt denn auch immer noch die vorletzte Revolution aus den späten 1970er-Jahren mit eiserner Hand. Als er von seinem Vorgänger Ruhollah Khomeini übernahm, musste er sich zuerst zwar noch beweisen. Ihm fehlte die entsprechende religiöse Autorität. Das hat sich unterdessen geändert und grosse Teile der Bevölkerung glauben an die von Allah gegebene Legitimation des Ajatollahs. Insofern kann der Führer also – ungleich einer Diktatur – nicht einfach ausgetauscht werden. Es stehen auch keine valablen Nachfolgekandidaten bereit. Dass Khamenei bereits 83 Jahre alt ist, macht die Situation für den Gottesstaat umso unbequemer. Anders dürfte dies für viele vom Iran geprägten Länder im Nahen Osten aussehen. Besonders im Irak hat der dortige Schiitenführer Moqtada al-Sadr seine Glaubensbrüder unter strikter Kontrolle. Noch im August zettelte er einen Aufstand an, der die Hauptstadt Bagdad innert weniger Stunden in ein Bürgerkriegsgebiet verwandelte. Ebenso schnell konnte er den Ausnahmezustand wieder beenden. Der Iran mischte sich aus al-Sadrs Sicht zu stark in seine Politik ein. Seine gewalttätige Antwort war entsprechend in Teheran angekommen. Für das von Konflikten gebeutelte benachbarte Syrien dürfte sich auch wegen dem starken russischen Einfluss wenig ändern. Ein Land weiter, im Libanon, wird mit der vom Iran ausgerüsteten und finanzierten Hisbollah ohnehin ein zweiter Staatsapparat im eigenen Land geduldet. Entsprechend dürfte eine noch länger andauernde «Kopftuchrevolution» durchaus auch im Interesse von Irans Gegenspielern liegen. Solange das Regime in Teheran getreu seiner gut eingespielten Totalrepression gegen das eigene Volk agiert, bleibt das Potenzial für eine zwischenstaatliche Eskalation in der weiteren Region kleiner als auch schon. *pk*

Die iranische Kopftuchrevolution 2022. Bild: Twitter

RUSSLAND

Am Ende?

Im Nachgang zum 70. Geburtstag des Präsidenten wurde die einzige noch verbleibende Verbindung von Russland zur Krim gesprengt. Die Auto- und Eisenbahnbrücke, die die russische Region Krasnodar und die Krimhalbinsel über die Strasse von Kertsch verbindet, ging am frühen Samstagmorgen in Flammen auf. «Heute um 6.07 Uhr auf der Strassenverkehrsseite der Krimbrücke explodierte eine Autobombe und steckte sieben Ölzisternen in Brand, die mit der Schiene zur Krim transportiert wurden», erklärten russische Nachrichtenagenturen unter Berufung auf das nationale Anti-Terror-Komitee. Putin dürfte dieses verspätete Geschenk wenig Freude bereiten. Es war die einzige Achse auf dem Landweg zur von Russland im Jahr 2014 annektierten Krim, mit der es auch seine militärischen Verbände in der Südukraine logistisch versorgte. Ob die Brücke bald in Stand gestellt werden kann, ist unklar. Alle weiteren Versorgungswege stehen per Mitte Oktober in der unmittelbaren Reichweite der ukrainischen Armee und gelten somit als zu unsicher.

Gleichentags wurde das Eisenbahndrehkreuz Ilowajsk nahe Donezk auf der Achse Krasnodar-Melitopol durch Himars-Boden-Boden-Raketen beschossen. Treibstoffdepots und Schienen wurden unbrauchbar gemacht. Nun kann Russland das aktuelle Problem zwar mit Versorgungsschiffen lösen. Die Frage ist aber, wie die russische Armee ihre Versorgung der sich bereits zurückziehenden Truppen um Cherson und Saporischschja weiterhin sicherstellen will. Militärisch gesehen bereitet die Situation Kopfzerbrechen. Denn Russland kämpft unterdessen nicht nur gegen die Ukraine, sondern auch an der Heimatfront. Der offiziell als Teilmobilmachung durchgeführten Massenmobilisation im September räumte Putin unterdessen grössere Fehler ein. Allein die laut nicht überprüfbaren Meldungen des Kremls etwa 200 000 einberufenen Soldaten können kaum ausgerüstet werden, kaufen ihr Erste-Hilfe-Material selbst, erhalten keine Ausbildung und müssen sich ihr Essen selbst besorgen. Der Fusslappen, eine 300-jährige Tradition und vor drei Jahren durch Verteidigungsminister

Shoigu zugunsten modernen Schuhwerks abgeschafft, feiert ebenfalls Urständ. Viele Militärdienstpflichtige verliessen das Land.

Die von den ukrainischen Streitkräften betriebene «Deserteuren-Hotline» für russische Fahnenflüchtige brach zusammen, täglich sind es weit über 2000 Anrufe. Die zumeist aus russischen Randregionen zwangsmobilisierten Soldaten gehören ethnischen Minderheiten an. Und spätestens mit dem Attentat auf Daria Dugina, der Tochter des Neofaschisten und ultranationalistischen Ideenbereiter Putins, Alexander Dugin, ist der Krieg auch in Moskau angekommen. Welche Optionen bleiben also? Putin pokert mit der Nuklearkarte. Diese zu spielen scheint unwahrscheinlich. Auch wenn es bei kleinkalibrigen taktischen Atombomben bliebe, wo sollten diese eingesetzt werden? Der Kollateralschaden in der Ukraine wäre immens, ein Einsatz ausserhalb dieses Kriegsgebiets strategischer Amoklauf. Die NATO, Deutschland und insbesondere die USA spielen derzeit ihre Eventualplanungen für ein solches Szenario durch. Die Antwort Russlands auf den Anschlag gegen die Kertsch-Brücke folgte am 10. Oktober in Form eines grossen Raketenangriffs auf das Zentrum Kiews und weitere ukrainische Städte gerade auch im seit längerer Zeit nicht mehr bombardierten Westen des Landes.

Erste Schadensbesichtigung auf der Kertsch-Brücke nach dem Anschlag. Bild: Twitter

Während die Ukraine das Kriegsgeschehen bestimmt, scheinen Verhandlungslösungen für Russland ungünstig. Und da solche bisher stets durch Putin ausgeschlagen wurden, dürften sich die Kriegsparteien erst nach Abschluss der militärischen Kampfhandlungen am Verhandlungstisch treffen. Denn eines zeigt sich zusehends: Der Krieg in der Ukraine kann aktuell nur dann beendet werden, wenn sich Russland gänzlich zurückzieht. *pk*

SPANIEN

Keine Kampfpanzer für die Ukraine

Gross wurde die Lieferung von zehn Kampfpanzern Leopard 2A4 im Frühjahr angekündigt (die ASMZ berichtete an dieser Stelle). Spaniens Verteidigungsministerin Margarita Robles lehnte sich aber wohl zu weit aus dem Fenster. Während man in Kiew noch heute auf die Panzer wartet, versucht man sich in Madrid aus der Misere zu retten. «Wir prüfen alle Möglichkeiten, aber ich kann bereits sagen, dass die Leopard-Panzer in Saragossa, wo sie stationiert sind, seit vielen Jahren nicht mehr benutzt wurden, sich in einem absolut bedauernswerten Zustand befinden», so Robles im August. Der Zustand sei sogar so schlecht, dass man nicht einmal an ein Verschenken denke, denn Menschenleben könnten gefährdet werden. Natürlich hätten noch die USA und auch Deutschland ihr Einverständnis geben müssen. Letzteres wäre vor allem vor der geplanten Auslieferung noch zum Zug gekommen, denn ursprünglich wollte Spanien volle 40 Leopard zuerst noch bei Krauss-Maffei Wegmann in München generalüberholen lassen. Nun wurde die Frachtliste angepasst, es werden weitere gepanzerte Fahrzeuge, Munition und Fliegerabwehr in die Ukraine gebracht. Bisher weit über 200 Tonnen. Zudem setzte sich Spanien für die Aufnahme von über 134 000 Ukrainerinnen ein, über die Hälfte erhielten sofort eine Unterkunft und Arbeitserlaubnis. Im Oktober wurden zudem 19 ukrainische Soldaten auf die Zaragoza Air Base gebracht, um diese dort an den gelieferten Aspide-Boden-Luft-Abwehrsystemen zu schulen. *pk*

Spaniens Verteidigungsministerin Robles bei einem Truppenbesuch.
Bild: Ministerio de Defensa

INDIEN

Gegen China und Russland

Auf der Generalkonferenz der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) unterstützte Indien die Anliegen des AUKUS (Australia, United Kingdom und United States) gegen den Widerstand Russlands und Chinas.

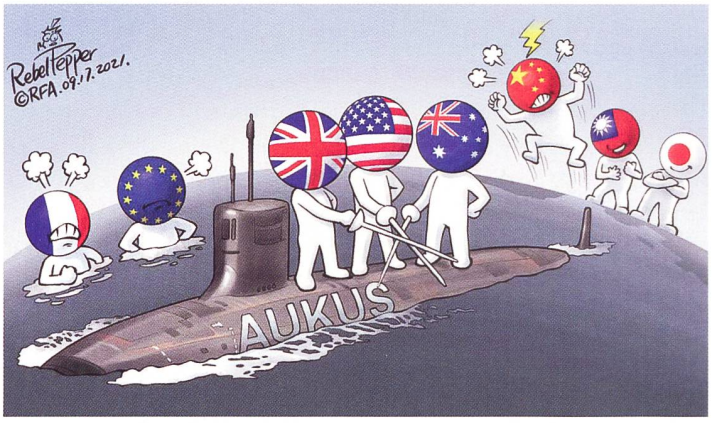
AUKUS und insbesondere der Plan, atomgetriebene U-Boote nach Australien zu verlegen, wurde auf der Generalkonferenz der IAEA, die vom 26. bis 30. September in Wien stattfand, intensiv diskutiert. Russland und China versuchten vergeblich, die IAEA dazu zu bewegen, sich dem geplanten Transfer zu widersetzen. Russland erklärte, dass AUKUS das Regime des Atomwaffensperrvertrags (NPT) in beispielloser Weise infrage stelle, da zwei Atomwaffenstaaten einem Nicht-Atomwaffenstaat zwei Tonnen hochangereichertes Uran lieferten.

In ihrem früheren Bericht erklärte die IAEA, sie sei «zufrieden mit dem bisherigen Engagement der Vereinigten Staaten, Grossbritanniens und Australiens in Bezug auf den Plan ihrer AUKUS-Allianz, Australien mit Atom-U-Booten zu beliefern». Der Generaldirektor der IAEA, Rafael Grossi, sagte, dass AUKUS in Bezug auf die Inspektionen der Atom-U-Boote «sehr heikel» sei, aber «es kann bewältigt werden».

Im Rahmen des AUKUS-Abkommens soll Australien acht konventionell bewaffnete, aber nuklear angetriebene U-Boote erhalten. Die Aufrüstung durch die drei Parteien zielt in erster Linie auf das zunehmend aggressive Verhalten Chinas im indopazifischen Raum und darüber hinaus ab. Damit AUKUS in Kraft treten und Grossbritannien und die USA nuklear betriebene U-Boote abgeben können, hat sich Australien freiwillig verpflichtet, im eigenen Land kein nukleares Material zur Unterstützung des nuklear betriebenen U-Boot-Programms anzureichern oder wiederaufzubereiten.

Der britische Botschafter bei der IAEA, der im Namen der drei Partner eine Erklärung abgab, erklärte weiter: «Unser Ziel ist es, die Verifizierung der Nichtabzweigung von Kernmaterial in unserer Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Antriebstechnik im Rahmen von AUKUS zu ermöglichen, indem wir im Rahmen von Australiens umfassendem Sicherungsabkommen und dem Zusatzprotokoll mit der IAEA vorgehen.»

Indien stand zu seinen neuen Sicherheitspartnern, auch wenn China sich vehement gegen den geplanten Transfer aussprach. China drängte sogar auf eine Resolution bei der IAEA gegen AUKUS wegen der Lieferung von Atom-U-Booten an Australien. China machte geltend, dass AUKUS gegen die Verpflichtungen (der Partnerländer) aus dem NPT verstosse. In der Resolution wurde auch die Rolle der IAEA kritisiert.



AUKUS. Bild: Radio Free Asia

In einem Positionspapier an die IAEA behauptete China: «Die AUKUS-Partnerschaft beinhaltet den illegalen Transfer von Kernwaffenmaterial und ist damit im Wesentlichen ein Akt der nuklearen Proliferation.» Die AUKUS-Partner und die IAEA wiesen darauf hin, dass der Atomwaffensperrvertrag nukleare Antriebstechnologien zulässt, sofern die Mitgliedstaaten die erforderlichen Vereinbarungen mit der IAEA treffen, wie z.B. ein umfassendes Sicherungsabkommen und ein Zusatzprotokoll mit der IAEA. *Sc*

USA / KOREA

Alle feuern Raketen ab

Auf der koreanischen Halbinsel steigt die Bedrohungslage weiter: Nach Nordkoreas erstem Raketentest über Japan seit Jahren haben nun Südkorea und USA mit dem Abschuss von vier Raketen geantwortet.

Als Reaktion auf die Provokation Nordkoreas haben die USA und Südkorea vier Boden-Boden-Raketen in Richtung des Japanischen Meers (koreanisch: Ostmeer) geschossen. Beide Seiten haben jeweils zwei Raketen abgefeuert, welche Scheinziele präzise getroffen hätten. Damit sei die Fähigkeit der Verbündeten demonstriert worden, vor weiteren Provokationen abschrecken zu können, so die Stellungnahme des südkoreanischen Militärs.

Zuvor hatte Pjöngjang eine ballistische Mittelstreckenrakete in Richtung des Japanischen Meeres abgefeuert. Mit einer Flugdistanz von rund 4500 Kilometern hat nie zuvor eine nordkoreanische Rakete eine längere Reichweite zurückgelegt. Es war das erste Mal seit knapp fünf Jahren, dass eine nordkoreanische Rakete über die japanische Inselgruppe geflogen war. Dort löste der Test einen seltenen Raketenalarm aus: Die Bewohner der nordjapanischen Insel Hokkaido und der Präfektur Aomori an der Nordspitze der japanischen Hauptinsel Honshu wurden aufgefordert, Schutz in ihren Häusern zu suchen.

Sowohl die USA als auch die NATO hatten den nordkoreanischen Test verurteilt. US-Präsident Joe Biden sprach von einer «Gefahr für das japanische Volk». Die USA wollen zudem eine Sitzung des UN-Sicherheitsrats beantragen. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg schrieb auf Twitter: «Ich verurteile die gefährlichen und destabilisierenden Raketentests Nordkoreas aufs Schärfste.»

Eine Rakete wird während einer gemeinsamen Militärübung zwischen den USA und Südkorea abgefeuert. Bild: South Korea Defense Ministry

Als direkte Reaktion hatten Südkoreas Streitkräfte zwei Präzisionsbomben auf eine unbewohnte Insel im Gelben Meer abgefeuert. Zudem habe man gemeinsam mit US-amerikanischen Kampfflugzeugen des Typs F-16 Flugmanöver abgehalten. Das Gelbe Meer wird von China und der koreanischen Halbinsel umrandet. Auch im Juni dieses Jahres ist es zu einer Reaktion der Vereinigten Staaten und Südkorea gekommen. Nach einem nordkoreanischen Raketentest starteten die beiden Länder acht ballistische Kurzstreckenraketen.

Das letzte Mal, als Nordkorea 2017 eine Rakete über Japan fliegen liess, führte das Land nur wenige Tage später einen Atomwaffentest durch. Experten befürchten, dass Nordkorea in den

kommenden Wochen erneut eine Atomrakete testen könnte. Laut Angaben des südkoreanischen Verteidigungsministeriums bereitet das nordkoreanische Militär zudem weitere Tests für eine Interkontinentalrakete sowie eine ballistische U-Boot-Rakete vor.

UN-Resolutionen untersagen Nordkorea die Erprobung von ballistischen Raketen jeglicher Reichweite, die je nach Bauart auch einen Atomsprengkopf befördern können. Zuletzt hatte Nordkorea am Samstag zwei ballistische Kurzstreckenraketen getestet – das war der vierte Raketenabschuss innerhalb einer Woche.

Die gehäuften Raketentests Nordkoreas werden von Experten auch als Reaktion auf die kürzlich abgehaltenen Seemanöver südkoreanischer und US-amerikanischer Streitkräfte gewertet. An den viertägigen Marineübungen hatte auch der Flugzeugträger «USS Ronald Reagan» teilgenommen. Es war die erste Entsendung eines US-Flugzeugträgers nach Südkorea seit fast vier Jahren. *Sc*

BRASILIEN

Mehr Helis

Die brasilianischen Streitkräfte haben über den Koordinierungsausschuss für Kampfflugzeugprogramme (COPAC) 27 einmotorige Hubschrauber des Typs H125 erworben, um die Ausbildungskapazität der brasilianischen Marine und der Luftwaffe zu erhöhen.

Die H125 werden im Helibras-Werk in Itajubá produziert, wo auch die H225M für die brasilianischen Streitkräfte montiert werden. Diese neuen Hubschrauber werden die veralteten AS350- und Bell-206-Hubschrauber ersetzen, die derzeit bei der brasilianischen Luftwaffe beziehungsweise der brasilianischen Marine im Einsatz sind.

«Mit diesem gemeinsamen Beschaffungsauftrag wird ein Projekt verwirklicht, das sowohl die brasilianische Luftwaffe als auch die Marine mit modernen Flugzeugen ausstattet, die den Anforderungen der Streitkräfte für die nächsten 30 Jahre gerecht werden», sagte der Kommandant der Luftwaffe, Brigadeleutnant Carlos de Almeida Baptista Junior.

Die neuen H125-Hubschrauber von Airbus Helicopters werden mit einem G500H TXi-Bildschirmcockpit und VEMD (Vehicle & Engine Multifunction Display) ausgestattet und sind mit Nachtsichtbrillen kompatibel. Sie werden auch verschiedene Arten von Missionsausrüstungen wie eine Winde und einen Lasthaken enthalten, damit die Ausbildung künftiger Piloten so repräsentativ wie möglich für ihre Einsätze ist.

Hubschrauber des Typs H125. Bild: helibras

Die brasilianischen Streitkräfte betreiben derzeit insgesamt 156 Airbus-Hubschrauber, die von acht Stützpunkten im ganzen Land aus eingesetzt werden. Die Flotte reicht von der leichten, einmotorigen Ecureuil-Familie bis zum schweren Mehrzweckhubschrauber H225M mit 67 bzw. 41 Hubschraubern und deckt ein breites Spektrum von Aufgaben wie taktische Transporte, Such- und Rettungseinsätze und die Unterstützung der Zivilbevölkerung ab. *Sc*

USA

Fire and Forget mit Javelin

Die US-Streitkräfte haben das Javelin Joint Venture (JJV, Lockheed Martin und Raytheon) mit der Herstellung und Lieferung von Panzerabwehrlenkflugkörpersystemen des Typs FGM-148 Javelin mit einem Gesamtauftragsvolumen von über 311 Millionen US-Dollar beauftragt. Wie aus einer Mitteilung des US-Verteidigungsministeriums weiter hervorgeht, soll die Lieferung der für die US Army sowie die Streitkräfte Litauens und Jordaniens bestimmten Systeme bis zum 30. November 2026 abgeschlossen werden. Über die genaue Version der beschafften Systeme wurden keine Angaben getätigt.

Die Javelin wurde 1996 als mittleres Panzerabwehrlenkflugkörpersystem in die US-Streitkräfte eingeführt und seitdem immer wieder unter anderem hinsichtlich Leistung des Gefechtskopfes und der Reichweite verbessert. Die USA haben mehrere Tausend dieser Panzerabwehrsysteme an die Ukraine geliefert sowie zukünftige Lieferungen zugesagt.

Ende 2020 ist das F-Model der Javelin in Serienproduktion gegangen, sie stellt die sechste Leistungssteigerung des Systems dar. Ein neuer Mehrzweck-Gefechtskopf mit vorfragmentierten Splittern und Hohlladung kann erfolgreich gegen konventionelle und reaktive Panzerung und gegen leicht gepanzerte/ungepanzerte Ziele eingesetzt werden. Die Reichweite wurde auf 4000 Meter gesteigert. Dazu erhielt die leichter gewordene Lenk- und Abschusseinheit (Command Launch Unit, CLU) eine verbesserte Optik, die das Erkennen und Verfolgen von Zielen auf diese Entfernung erleichtert.

Für den Fire-and-Forget-Flugkörper wird das Ziel mit der Tageslicht- oder (gekühlter) Wärmebildoptik aufgeklärt. Nach Grob-Anvisieren wird auf den bildgebenden Sensor des Suchkopfs umgeschaltet und das Ziel markiert. Nach Abfeuern steuert sich der Flugkörper ins Ziel. Zwei Angriffsarten sind möglich: direkt, mit Flughöhe bis 60 Meter auf Front-, Heck oder Seitenflächen, und überhöht, mit Flughöhe 160 Meter und steilem Anflug auf die Oberseite des Fahrzeugs. *Sc*